

Niemand über diesen Gegenstand das Wort nehmen will, so können wir zu den einzelnen Paragraphen übergehen, wenn nicht der Herr Referent im Allgemeinen etwas zu erinnern hat.

Referent Präsident v. Carlowitz: Es ist das nicht der Fall.

§. 75.

Bestellung von vier Deputationen.

Jede Kammer wählt gleich nach Eröffnung des Landtags aus ihrer Mitte vier ordentliche, während der ganzen Dauer desselben bestehende Deputationen, und zwar:

zwei Deputationen für die Gegenstände der Verfassung und Gesetzgebung, deren erster vorzugsweise das auf die Rechtspflege, der andere das auf die Verwaltung Bezug habende zugetheilt wird; jedoch so, daß bei etwaiger besonderer Geschäftsüberhäufung der einen, Gegenstände ihres Geschäftskreises auch der andern, minder beschäftigten von der Kammer zugewiesen werden können;

eine dritte Deputation für Gegenstände des Finanzwesens;

eine vierte Deputation für ständische Petitionen, für Beschwerden der Stände oder der Unterthanen, und für solche Gegenstände der ständischen Verhandlungen, welche nicht speciell zum Geschäftskreise einer der übrigen drei Deputationen gehören; jedoch mit Ausnahme derjenigen, an die betreffende der ersten drei Deputationen zu weisenden Petitionen, welche auf die bei derselben zur Begutachtung vorliegenden Gegenstände, auf Vorlegung von Gesetzen oder auf das Bewilligungswerk sich beziehen.

Referent Präsident v. Carlowitz: Die Motive hierzu lauten:

Da der Grund der längern Dauer der Landtage theilweis in der großen und unverhältnismäßigen Geschäftsanhäufung bei den mit Bearbeitung aller Verfassungs- und Gesetzgebungsgegenstände beauftragten ersten Deputationen zu finden gewesen, so war besagte Allerhöchsten Decretes vom 26. Juni 1843 eine Verstärkung dieser Deputationen auf das Doppelte ihrer Mitgliederzahl, mit der Ermächtigung, in zwei Abtheilungen zu arbeiten, in Vorschlag gekommen; bei fernerer Erwägung ist aber allerdings zu befinden gewesen, daß diese Einrichtung mit manchen Inconvenienzen für die Geschäftsbehandlung verbunden sein würde; so daß die Errichtung zweier besonderer Deputationen in der Maaße, wie sie der anderweite Entwurf der Landtagsordnung enthält, als das Angemessenere sich dargestellt hat, indem dadurch auch den Kammern die Fähigkeit gegeben wird, bei den Wahlen darauf Rücksicht zu nehmen, ob ein Mitglied mehr zur Berathung von Verwaltungs- oder von Justizsachen sich eigne.

Dagegen ist der Geschäftskreis der bisherigen dritten und vierten Deputation so ineinandergreifend, daß — wie auch bereits bei den ständischen Verhandlungen des letzten Landtags in Frage gekommen — die Ueberweisung desselben an eine gemeinsame Deputation sich jedenfalls empfiehlt, und die wegen der Anträge auf Gesetzentwürfe u. gemachten Ausnahmen werden sich dadurch rechtfertigen, daß dergleichen Anträge mit dem Geschäftskreise der mit den betreffenden Angelegenheiten überhaupt beauftragten Deputationen in genauem Zusammenhange stehen.

Die Deputation sagt hierzu:

Hat sich die Staatsregierung für Beibehaltung des bisherigen Verfahrens im Hauptwerke erklärt, so hat sie sich gleichwohl für einige Neuerungen in Bezug auf die Ressortverhältnisse der einzelnen Deputationen entschieden. Es soll nämlich die erste Deputation, je nachdem die ihr zugetheilten Geschäftsgegenstände der Rechtspflege oder der Verwaltung angehören, in zwei

Deputationen dergestalt gespalten werden, daß bei etwaiger besonderer Geschäftsüberhäufung der einen, Gegenstände ihres Geschäftskreises auch der andern, minder beschäftigten, von der Kammer zugewiesen werden können; dagegen soll die zeitherige dritte Deputation unter Verstärkung der Zahl ihrer Mitglieder mit der vierten in eine einzige vereinigt werden.

Diese Vorschläge treten an die Stelle eines andern von der Staatsregierung auf verwichenem Landtage gethanen Vorschlags. Es war nämlich damals die Absicht nicht sowohl auf eine Spaltung der ersten Deputation, als vielmehr auf eine Vermehrung der Zahl ihrer Mitglieder um das Doppelte gerichtet; doch hatte die zweite Kammer sich hiermit ohne Weiteres nicht einverstanden erklären können, vielmehr diesen Vorschlag der zur Berathung der Landtagsordnung ernannten Zwischendeputation zuzuweisen gewünscht. Nun hat zwar der jetzige Ausweg, ob er schon die Frage offen läßt, wohin die eigentlichen Verfassungssachen zu verweisen seien, und daher vervollständigt werden müßte, allerdings einige Vorzüge vor dem früher gebotenen Auskunftsmittel voraus; immer aber zieht es die unterzeichnete Deputation vor, es wenigstens in der Regel bei der bisherigen Einrichtung zu belassen. Einmal hat sich nämlich, mindestens in der ersten Kammer, das Bedürfnis einer veränderten Einrichtung nicht gezeigt, und es tritt in dieser Beziehung der bereits oben hervorgehobene Grundsatz ein, daß es immer gewagt sei, das Bewährte aufzugeben, um ein vermeintlich Besseres zu erlangen; dann werden aber auch umfangreichere Gesetzentwürfe, sofern deren überhaupt noch viele zu erwarten sind, gewiß nur einer Zwischendeputation zugewiesen werden.

Ein erheblicher Grund gegen die beabsichtigte Spaltung der ersten Deputation ist aber auch in dem Umstande zu suchen, daß es bei dem schwächeren Personalbestande der ersten Kammer hier mindestens nicht so leicht sein würde, zwei Deputationen dieser Art mit rechtskundigen Mitgliedern zu besetzen, ganz abgesehen davon, daß durch strenge Sonderung der reinen Justiz von der Verwaltung sich leicht eine gewisse Einseitigkeit geltend machen könnte.

Dies die Gründe gegen Spaltung der ersten Deputation.

Was aber die Verbindung der bisherigen letzten zwei Deputationen, der dritten und vierten anbelangt, so dürfte, wenn man die erste Deputation vereinigt läßt, durch diese Verbindung der dritten mit der vierten Deputation die Zahl der in den Deputationen beschäftigten Mitglieder allzu sehr vermindert und die Arbeitslast auf zu wenig Schultern vertheilt, auch jüngeren Mitgliedern die Gelegenheit benommen werden, sich allmählig in die Geschäfte einzuarbeiten.

Um übrigens einer momentanen Geschäftsüberhäufung der ersten Deputation zu begegnen, hat es die unterzeichnete Deputation, durch ein in der zweiten Kammer beobachtetes gegentheiliges Verfahren aufmerksam gemacht, für rathlich erachtet, der zweiten, für Gegenstände des Finanzwesens niedergesetzten Deputation die Fragen der Finanzgesetzgebung, wohin man z. B. das Gesetz über die Ausübung des landesherrlichen Salzverkaufsrechts hätte zählen müssen, ausdrücklich zuzutheilen.

Bewogen durch alle diese Rücksichten bringt die Deputation statt des §. 75. folgenden, mehr dem §. 105. des früheren Entwurfs der Landtagsordnung nachgebildeten §. in Vorschlag:

„Jede Kammer wählt gleich nach Eröffnung des Landtags aus ihrer Mitte vier ordentliche während der ganzen Dauer desselben bestehende Deputationen und zwar:

die erste für die Gegenstände der Verfassung und Gesetzgebung, jedoch mit Ausnahme der Finanzgesetzgebung;

die zweite für Gegenstände des Finanzwesens und der Finanzgesetzgebung;